

Universitätsstadt Tübingen
Fachabteilung Sozialplanung und Entwicklung
Körner, Cordula Telefon: 07071 204-1434
Müller, Dorothee Telefon: 07071 204-1468
Gesch. Z.: /

Vorlage 505a/2022
Datum 19.09.2022

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales**

Betreff: Verbesserung der Rahmenbedingungen der Pflege in Tübingen
Bezug: Antrag 505/2022; 277/2022
Anlagen:

Zusammenfassung:

Der Antrag 505/22 der Tübinger Liste regt an, dass die Verwaltung ein Maßnahmenpaket auf den Weg bringt, um die Rahmenbedingungen der Pflege in Tübingen zu verbessern und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Im Rahmen des Programms Seniorenleben und Pflege sind bereits verschiedene Maßnahmen in der Umsetzung; weitere Ideen und Vorhaben sind in der Prüfung. Die Maßnahmen beziehen sich unter anderem auf die Schwerpunkte Personalgewinnung und -bindung, Kinderbetreuung, bezahlbarer Wohnraum, Fahrzeiten und Parkgenehmigungen sowie Vernetzung, Kooperation und Qualifizierung der Träger.

All diese Maßnahmen erfordern Zeit und können nur mit den vorhandenen Personalressourcen schrittweise und nicht zeitgleich angegangen werden. Die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten sind zudem begrenzt, da entscheidende strukturelle Weichenstellen auf anderer Ebene erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen

Diese Vorlage hat keine unmittelbaren Auswirkungen. Die Umsetzung einzelner Maßnahmen ist mit Kosten verbunden.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Die Verwaltung hat sich ausführlich mit dem Antrag und den Vorschlägen der Tübinger Liste beschäftigt. Der Antrag beschreibt zunächst den akuten Fachkräftemangel in der Pflege. So wird es zunehmend schwieriger, einen ambulanten Pflegedienst für eine häusliche Versorgung zu finden. Die Wartelisten für die stationäre Versorgung werden immer länger. Auch in der teilstationären Versorgung können nicht alle pflegebedürftige Menschen versorgt werden. Angehörige werden nicht in dem Maße entlastet, wie sie es brauchen.

Die sehr belastende Tätigkeit, Arbeitsbedingungen und Image des Berufs, die wenig ausgeprägte Interessensvertretung der Pflege und teilweise auch die Bezahlung sind nur einige Punkte, die dem Fachkräftemangel zu Grunde liegen. Die Corona Pandemie hat die Situation zusätzlich verschärft.

Die Rahmenbedingungen des Pflegeberufs werden auf Bundes- und Landesebene festgelegt. Die Kommune kann nur in begrenzten Umfang Einfluss nehmen. Im Folgenden werden Maßnahmen vorgestellt, die von der Stadtverwaltung bereits umgesetzt werden, um die Situation in der Pflege zu verbessern. Außerdem werden neue Vorhaben und Ideen vorgestellt.

2. Sachstand

AG Ambulante Hilfen

Dieses Gremium besteht schon seit vielen Jahren. Es ist ein wichtiges Forum für verschiedene Einrichtungen, Beratungsstellen und Vereine, um sich auszutauschen und zu vernetzen. Das Gremium gibt der Verwaltung die Möglichkeit, aktuelle Probleme zu identifizieren und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Zu drängenden Fragen werden Arbeitsgruppen gebildet, um gemeinsam an Themen zu arbeiten, wie bspw. die AG Fachkräftemangel.

Imagefilm

Aus dieser AG Fachkräftemangel ist 2019 die Entwicklung eines Imagefilmes entstanden. In diesem wird der Pflegeberuf in seiner Vielfalt und Flexibilität dargestellt, um Menschen für das Berufsfeld Pflege zu gewinnen. Durch finanzielle und praktische Unterstützung vieler Träger der Altenhilfe, der Beratungsstelle für Ältere, der Kreissparkasse und des Landkreises wurde ein zweiminütiger Film entwickelt: www.tuebingen.de/lizenz-zum-pflegen.

Kinderbetreuung

Die Regelöffnungszeiten in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen beginnen um 7:30 Uhr. In einigen Einrichtungen werden Öffnungszeiten ab 7:00 Uhr angeboten. Eine frühere Öffnung (Bundesprogramm KitaPlus) wurde in der Vergangenheit von der Zielgruppe nicht angenommen. Bei der aktuell angespannten Personallage im pädagogischen Bereich ist es nicht sinnvoll, einen weiteren Versuch früherer Öffnungszeiten zu unternehmen.

Bei den Vergabekriterien für einen KiTa-Platz wird die Pflege von anderen Personen im häuslichen Umfeld einer Berufstätigkeit gleichgestellt (s. Vorlage 110a-2022). Dies ist vor allem für pflegende Angehörige, die gleichzeitig ein Kleinkind im Haus haben, ein Vorteil bei

der Vergabe der knappen Ressource Kinderbetreuung. Ebenfalls ist es bisher für Einrichtungen und Firmen möglich, Betriebsbelegplätze bei den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen zu buchen. Der Arbeitgeber bezahlt hierbei einen Festpreis pro Betreuungsstunde an die Stadt Tübingen und hat dadurch das Belegrecht für einen oder mehrere KiTa-Plätze. Für einen Ganztagesplatz sind bei dauerhafter Belegung etwa 10.000 Euro im Jahr zu bezahlen. Zum 01.11.2022 werden im Kinderhaus Feuerhäggle zwei sogenannte Kiko-Plätze (Kindertagesbetreuung in Kooperation) frei; sie werden den Altenhilfeträgern angeboten.

Bezahlbarer Wohnraum

Durch die steigenden Mieten ist Wohnraum in Tübingen mittlerweile auch für Menschen mit durchschnittlichem Einkommen teilweise nicht mehr erschwinglich. Bei enorm steigenden Baukosten ist es trotz der Landesförderung kaum möglich, ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. In den letzten Jahren ist in Tübingen im Rahmen des städtischen Programms „Fairer Wohnen“ in erheblichem Umfang geförderter Wohnraum entstanden.

Um Personen in Pflegeberufen gezielt zu Wohnraum zu verhelfen, erfolgen bereits einige Maßnahmen. So berücksichtigen sowohl die GWG als auch die Clearingstelle Wohnen Wohnungssuchende in Mangelberufen (also auch der Pflege) in besonderem Maße bei der Vermittlung.

Bei neuen Bauvorhaben im Seniorenbereich wird, wenn möglich, Wohnraum für Pflegekräfte geschaffen: Beim Bau des neuen Pflegeheims in Pfrondorf, beim genossenschaftlichen Projekt in Unterjesingen sowie in den Neubaugebieten in Weilheim, Hagelloch, Kilchberg und Hirschau ist das angedacht. Die Realisierung hängt davon ab, ob hier Träger der Altenpflege mit einsteigen.

Durch die Zuwendung der Nonnenmacherstiftung konnte ein eigenes Wohnhaus für Auszubildende in der Pflege realisiert werden. Die GWG vermietet das sanierte Gebäude an vier Träger der Altenhilfe. Diese schließen jeweils Untermietverträge mit ihren Auszubildenden ab. Seit September 2021 wohnen hier zehn junge Menschen aus dem Ausland, um in Tübingen ihre Ausbildung in der Pflege zu machen.

Parkgenehmigungen

Um die Träger der Altenpflege im ambulanten Bereich zu unterstützen, sind bereits Maßnahmen in der Umsetzung: Für die Innenstadt gibt es seit Ende 2017 eine Regelung, die ambulanten Diensten – auf Antrag - die Durchfahrt und das Parken ermöglicht. Das Parken ist für ambulante Pflegedienste auf bewirtschafteten Flächen für eine reduzierte Jahresgebühr von 30,- möglich.

Integration von Arbeitskräften

Die Entwicklungen zeigen, dass ein großer Anteil der in der Pflege Beschäftigten bisher aus den osteuropäischen EU-Staaten und aus der ehemaligen Sowjetunion stammen. Immer mehr professionelle Agenturen bilden sich. Träger der Altenhilfe arbeiten gezielt mit Anwerbungsstrategien. Mit dem Anstieg der Anzahl der Geflüchteten ab 2015 kam die Möglichkeit auf, auch diese Personengruppe in den Arbeitsmarkt zu bringen. Die Verwaltung nutzt dieses Potential und vermittelt Geflüchtete in den Pflegearbeitsmarkt. So wurden im Jahr 2021 vier Geflüchtete mit großem Aufwand für alle Beteiligten in die Pflegeausbildung integriert. Damit die jungen Menschen die Ausbildung beenden, braucht es häufig eine enge Begleitung und personelle Ressourcen. Das Altenpflegeprojekt von InFö leistet hier sehr gute Arbeit.

Aktives Mitwirken bei Investoren- und Trägersauswahl

Hier ist die Verwaltung bemüht, trotz des freien Marktzugangs, den Zugang von neuen Dienstleistern aus dem Altenhilfebereich zu steuern, um unnötige Konkurrenzsituationen zu vermeiden. Dies erfolgt in sehr guter Zusammenarbeit zwischen dem Baudezernat und dem Sozialdezernat. Unsere hiesigen Träger der Altenhilfe sollen gefördert und bei Erweiterungsideen unterstützt werden.

3. Vorgehen der Verwaltung

Zugang zu Kinderbetreuung

Individuelle Lösungen für die Betreuung zu den Randzeiten der Kita-Öffnung oder auch am Wochenende lassen sich evtl. mit dem Tageselternverein arrangieren. In Überlegung ist auch der Aufbau einer TigeR-Gruppe (Tagesbetreuung in anderen geeigneten Räumen) zusammen mit der Kommune und Trägern der Altenhilfe. Hierzu geht die Verwaltung mit dem Tageselternverein und den Trägern der Altenhilfe in Austausch und lotet Kooperationsmöglichkeiten aus.

Bezahlbarer Wohnraum

Geförderte Wohnungen werden bereits jetzt mit besonderem Blick auf Menschen in Mangelberufen vergeben. In Überlegung ist, wie auch auswärtige Bewerbungen für Mangelberufen besser gewonnen werden können. Dies erfordert es, Menschen aus dem Ausland und Personen, die bisher nicht in Tübingen arbeiten, zu Wohnraum zu verhelfen. Die Wohnraumbeauftragten, die Seniorenbeauftragte und die Clearingstelle Wohnen erarbeiten hierzu einen Vorschlag.

Eine weitere Idee ist es, sogenannte „Werkwohnungen“ für Personal zu bauen. Dazu müssten sich Träger der Altenhilfe zusammentun. Die GWG wäre bereit, die Projektsteuerung und später die Bewirtschaftung zu übernehmen. Um trotz der hohen Baukosten bezahlbaren Wohnraum für Arbeitende in Mangelberufen zu schaffen, müsste die Universitätsstadt Tübingen das Grundstück zu einem niedrigen Grundstückspreis oder einem sehr geringen Erbbauzins vergeben. Werkwohnungen werden vom Land Baden-Württemberg gefördert, so dass auf diese Weise bezahlbare Wohnungen entstehen können. Im ersten Halbjahr 2023 klärt die Verwaltung das Interesse der Träger der Altenhilfe und koordiniert ein Verfahren mit der GWG.

Fahrwege und Fahrzeiten

Fahrzeiten stellen eine große Belastung für ambulante Pflegedienste dar. Diese bitten um Ausnahmegenehmigungen für bestimmte Straßen, um Fahrwege zu verkürzen. Bei einem Termin mit den ambulanten Diensten im Oktober werden die Regelungen zum Parken und zu Durchfahrtsgenehmigungen vorgestellt. Außerdem stellt Vinzenz von Paul ein neues Abrechnungsmodell nach Zeit vor. Die Verwaltung sieht auch in einer stärkeren Regionalisierung der ambulanten Pflege einen Weg, Fahrzeiten zu verkürzen, bessere Versorgungssicherheit zu gewährleisten und sichtbare Präsenz von Anbietern in den Stadtteilen zu stärken. In Kooperation mit den Trägern wird die Umsetzbarkeit ausgelotet.

Unterstützung bei der Personalgewinnung und Personalbindung:

Führerschein – Modellprojekt

Ein Problem der Personalgewinnung für ambulante Pflegedienste ist es, dass Menschen oft keinen Führerschein haben. Zusammen mit Trägern der Altenhilfe prüft die Verwaltung ein Modellprojekt, in dem künftige Arbeitskräfte eine finanzielle Unterstützung bei der Führerscheinausbildung erhalten. Geplant ist, dass sich Altenhilfeträger, die Universitätsstadt Tübingen und der Arbeitssuchende die Führerscheinkosten teilen.

Fokus Ausbildung

Auf ausgeschriebene Stellen gibt es kaum noch Bewerbungen. Die aktuell erfolgreichste Besetzung von Fachkraftstellen findet über die Ausbildung statt. Die AHT hat in diesem Zusammenhang gute Erfahrungen mit einer Ausbildungsorganisatorin gemacht. Seit einem Jahr ist eine halbe Stelle nur dafür zuständig, die Auszubildenden im Arbeitsalltag anzuleiten und zu unterstützen. Dieses Modell wird bei einer Veranstaltung mit den Tübinger Trägern der Altenhilfe vorgestellt.

Teilweise sind sprachliche Barrieren ausschlaggebend, ob junge Menschen in ein Praktikum oder eine Ausbildung gehen können. Hier kann eine fachliche Begleitung, wie z.B. beim Altenpflegeprojekt von InFö, helfen, mehr Personen zu einem Ausbildungsabschluss zu verhelfen. Die Verwaltung pflegt den Austausch und unterstützt diese Arbeit.

Außerdem prüft die Verwaltung, ob es durch eine stärkere Vernetzung zwischen Schulen und Einrichtungen gelingen kann, mehr Nachfrage für eine Ausbildung in der Pflege zu generieren.

Fortbildungsangebot für Träger der Altenhilfe

Die Träger der Altenhilfe sind in vielfacher Hinsicht gefordert, Personal auszubilden, zu finden und dauerhaft zu binden. Die Stadtverwaltung bietet in diesem Zusammenhang im kommenden Jahr eine Führungskräftebildung basierend auf dem care4care Projekt der Hochschule Esslingen an.

Woche der Pflege

Würdigung von Pflegekräften und ein deutlicherer Fokus auf positive Öffentlichkeitsarbeit kann helfen, das Image der Pflege zu verbessern. Die Verwaltung prüft, ob eine Woche der Pflege im nächsten Jahr veranstaltet werden kann. Hierzu ist eine starke Unterstützung der Akteure im Altenpflegebereich notwendig. Die Idee wird in der nächsten AG Ambulante Hilfen vorgestellt.

Workshop und Kooperation mit Trägern der Altenhilfe

In einem Workshop werden die Ideen der Verwaltung mit Trägern der Altenhilfe, Beratungsstellen und Vertretungen der Bürgerschaft diskutiert und auf Umsetzbarkeit geprüft.

Fazit

All diese Maßnahmen erfordern Zeit und können nur mit den vorhandenen Personalressourcen und nicht zeitgleich angegangen werden. Bei stärkerer Fokussierung als dies bisher der Fall ist, wären zusätzliche Ressourcen erforderlich. Zu bedenken ist dabei, dass die strukturellen Weichenstellungen überwiegend nicht auf kommunaler Ebene zu lösen sind. Eine Ausnahme bildet das Thema Wohnraum; hier konkurrieren jedoch viele ebenso dringlich zu lösende Bedarfe (weitere Mangelberufe, Wohnungslosigkeit, Flucht, Familien etc.) Das Thema Fachkräftemangel wird auch in der Vorlage 277/2022 zum Antrag der SPD-Fraktion (Kampagne Sozialberufe) behandelt. Hier gibt es erhebliche Schnittstellen.

4. Lösungsvarianten

Es können andere Maßnahmen umgesetzt werden.

5. Klimarelevanz

keine

